

# 570'000 in der Schweiz : neue Armut und garantiertes Mindesteinkommen

Autor(en): **Hagemann, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen**

Band (Jahr): **15 (1988)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-799774>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



# 570'000 in der Schweiz

## Neue Armut und garantiertes Mindest- einkommen

von Peter Hagemann

Wird die Armutsgrenze bei einem Jahreseinkommen von 13'900 Franken angesetzt, so müssen in der Schweiz 570'000 Menschen (9,3% der Bevölkerung) als arm bezeichnet werden; zu diesem Schluss kommt die Ökonomin Brigitte Buhmann in einer Dissertation. Da zwischen Armut und Drogen zweifellos in mancher Hinsicht Zusammenhänge bestehen, dürften Schritte zur Beseitigung von Armut auch Schritte zur Minderung des Drogenproblems sein. Angesichts der Tatsache, dass die bestehenden sozialen Netze auch in den Ländern der industrialisierten Zivilisation Armut nicht beseitigen können, und angesichts der allzunahen Vision der „Zweidrittels-gesellschaft“, drängen sich deshalb verbesserte Modell sozialer Sicherung geradezu auf. Dazu gehört die Idee des gesicherten Grundeinkommens, also der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Der St. Galler Wirtschaftsethiker hat ein Modell vorgestellt, dass auf schweizerische Verhältnisse zugeschnitten ist.

Versucht man sich plastisch vorzustellen, was es bedeutet, mit einem Betrag von knapp 1'160 Franken während eines Monats sein Dasein zu fristen, und dies in einer Welt, die teuren Konsum und Lebensstil weitherum propagiert, so dürfte sich für viele von uns doch wenigstens ein leichtes Schaudern einstellen. Dennoch ist das Realität für jeden zehnten Menschen, den wir auf der Strasse antreffen – eine Realität, die keine Schlagzeilen macht und die auch von den Betroffenen so lange wie möglich kaschiert wird, denn Armut ist nicht prestigeträchtig und führt, neben der materiellen Entbehrung, zur sozialen Geringschätzung. Einige Jahre ist es her, seit erste, schon damals sensationelle Zahlen der (Neuen) Armut bekannt geworden sind, und sie haben damals und seither kein Aufsehen erregt. Das Thema der Armut oder gar des garantierten Mindesteinkommens (s. dazu unten) ist allenfalls in akademischen Zirkeln oder kleineren politischen Gruppierungen, nicht aber (oder noch nicht) bei den politischen Parteien oder grösseren Verbänden Gegenstand der Diskussion – allenfalls die Gewerkschaften beginnen, unter dem Druck wirtschaftlicher Entwicklungen, sich ansatzweise mit der Thematik auseinanderzusetzen. Dass sowohl Armut und Arbeitslosigkeit

als auch Drogenkonsum mit Sinnleerheit, Hoffnungslosigkeit und Resignation zu tun haben, dass es Zusammenhänge zwischen diesen sozialen Komponenten gibt, ist offensichtlich. Denn wer eine Zukunft vor sich sieht, sinnvolle Ziele setzen und sich ein Mindestmass von materieller und sozialer Geborgenheit sichern kann, wird in geringerem Ausmass zu Drogen aller Art, legalen und illegalen, greifen. Und wer sozial und materiell minderprivilegiert ist, hat weniger Chancen, sich jene Fähigkeiten anzueignen, von denen die Suchtprophylaktiker/innen und Suchttherapeut/innen wissen, dass sie Drogenkonsum mindern oder verhindern: etwa die Fähigkeit, „sich aus den gegebenen Umständen die bestmögliche Befriedigung der Grundbedürfnisse (Ernährung, Wohnen, soziale Anerkennung, Liebe, Sinnerfüllung) zu verschaffen“ (Gassmann/Jost/Rohner/Sager in „Suchtprohylaxe in Theorie und Praxis“ 1985). So stammen denn etwa Opiatabhängige im Vergleich zu einer nicht-abhängigen Kontrollgruppe häufiger aus einer unvollständigen Familie (alleinerziehende Mütter sind überdurchschnittlich stark von materiellen Problemen betroffen) und „etwas häufiger“ aus einer tieferen sozialen Schicht; sie haben eine schlechtere Schulbildung und sehr viel öfter eine abgebrochene oder keine Ausbildung (Uchtenhagen/Zimmer-Höfler 1985) – und in der Folge wohl auch schlechtere Chancen, wenn es um die berufliche Verwirklichung und damit um die Basis zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Armut geht. Eine rein monokausale Verknüpfung von Armut und Drogenkonsum wird hier zwar abgelehnt. Dennoch darf gesagt werden, dass die Beseitigung von Armut ein Beitrag unter anderen wäre zur Minderung des Drogenproblems. Dazu gehört in erster Linie die Erarbeitung neuer Leitmodelle für die Existenzsicherung eines wachsenden Prozentsatzes jener Menschen, die zusehends aus dem Erwerbsleben eliminiert werden. Denn das Bild der „Zweidrittelsgesellschaft“, jene Vision einer Gesellschaft, die sich in eine sozial und beruflich gut integrierte Mehrheit und eine sozial degradierte Minderheit von Arbeitslosen, Gelegenheitsarbeiter/innen, alte Menschen aus den unteren Schichten und anderen Minderprivilegierten spaltet – diese Vision ist angesichts der aktuellen technischen und ökonomischen Entwicklungen bedrohlich nahe gerückt. Noch lässt sie sich schlecht erkennen und wird auch in den Medien bloss partiell gespiegelt. So werden etwa von den ausgewiesenen Arbeitslosigkeitszahlen die Dauerarbeitslosen, die definitiv aus dem Arbeitsleben eliminierten, die an den Herd zurückgeschickten Frauen und die exportierte Arbeitslosigkeit (weggewiesene Gastarbeiter) nicht erfasst. Gleichzeitig sind die konventionellen Möglichkeiten der Existenzsicherung von Minderprivilegierten im Rahmen des konventionellen Fürsorgesystems an ihre Grenzen gelangt. So kann das geltende Fürsorgesystem Armut zwar verwalten und oft auch lindern, vermag sie aber in vielen Fällen nicht zu beseitigen. Auch wenn auf Fürsorge- und Ergänzungsleistungen heute ein Rechtsanspruch be-

steht, so reichen diese allzu oft nicht aus, um Armut zu verhindern; und sie werden vielerorts noch immer mit Forderungen moralischer und sozialer Art verbunden – Forderungen, die oft fehl am Platz sind, wenn man schon nur bedenkt, dass etwa die Löhne der unteren Einkommensklassen entgegen einer weitverbreiteten Auffassung mit der Teuerung seit Jahren keineswegs mitgehalten haben (die Grundkosten der Lebenshaltung haben sich überdurchschnittlich verteuert), oder dass etwa allein im Jahre 1987 die Bodenpreise – und damit partiell die Mieten – um beinahe 50% gestiegen sind. Armut lässt sich, angesichts der verfügbaren Zahlen schon allein aus statistischen Gründen, längst nicht mehr allein unter dem Titel „Selbstverschulden“ abbuchen. So mögen, auf gewisse Weise, jene bürgerlichen Kreise gar recht bekommen, die, wie jüngst wieder geschehen, in der Öffentlichkeit das Ende vom Ausbau des Sozialstaates reklamieren. Denn die geltenden Modelle der sozialen Sicherung könnten sich nur allzu bald als überholt erweisen. Dieser Auffassung etwa ist der Wirtschaftsethiker Georges Enderle, dem vor kurzem die Privatdozentur an der St.Galler Wirtschaftshochschule verweigert wurde. Enderle entwirft ein Leitbild der Existenzsicherung, das sich an die Idee des garantierten Mindesteinkommens (Entkoppelung von Arbeit und Einkommen) anlehnt und vom Modell der bestehenden (AHV-) Ergänzungsleistungen ausgeht. Kernstück dabei ist, dass die Existenzsicherung zum sozialen Grundrecht erhoben und an den Beginn einer neuen Bundesverfassung gestellt wird. Enderle plädiert damit „für ein staatlich gesichertes Grundeinkommen für die gesamte Wohnbevölkerung der Schweiz, das nicht vollständig, aber selektiv – nach Massgabe der ‚Fähigkeit‘ zur Existenzsicherung – von der Arbeitswelt abgekoppelt ist“ (Enderle zitiert in „Soziale Medizin“ 9/88, vgl. Literaturverzeichnis). Dabei soll anstelle des Kausal- das Finalprinzip zur Anwendung kommen, d.h., nicht die individuelle Abklärung der Ursachen von Armut ist prioritär massgebend, sondern das Ziel der Deckung des Existenzbedarfes. Damit entstünde ein genereller Rechtsanspruch auf die Ergänzung eines allfällig erzielten Erwerbseinkommens bis zur Höhe eines festgelegten Existenzbedarfs. Enderle, der Armut als fundamentale Verletzung der Personenwürde bezeichnet, entwirft damit ein differenziertes und auf die historischen und sozialen Verhältnisse der Schweiz zugeschnittenes Modell des garantierten Grundeinkommens für alle, welches Arbeit und Grundeinkommen (teil-)entkoppelt – eine Koppelung, die wahrscheinlich schon bald als historisches Relikt aus der Entstehungsgeschichte des Kapitalismus bezeichnet werden muss. Die Idee des garantierten und vom Arbeitsmarkt abgekoppelten Mindesteinkommens ist nicht neu und schon mancherorts und vor einigen Jahren in verschiedenen Formen zur Diskussion gestellt worden, so zum Beispiel auch in der Form der negativen Einkommenssteuer. Namen wie Dahrendorf, Opielka und etwa auch Friedmann stehen mit an-

deren in einer Reihe. So ist etwa wenig bekannt, dass der Monetarist Milton Friedmann, bekannt geworden als bedingungsloser Verfechter freier Marktwirtschaft, seine Forderungen mit jener nach dem garantierten Grundeinkommen verbindet – was zugleich eine der problematischen Seiten der Idee aufwirft: nämlich die Frage, ob die Einführung des Mindesteinkommens nicht als Befriedigungsstrategie für die wachsenden Gruppen der Marginalisierten in der künftigen „Zweidrittelsgesellschaft“ eingesetzt werden könnte, um Rebellion zu vermeiden. Dann nämlich hätte die Idee ihre Stossrichtung weitgehend verfehlt: mit der Bewahrung vor Armut auch die persönliche Würde der betroffenen Menschen zu sichern.

So weist denn die Idee des Mindesteinkommens viele faszinierende, aber auch fragwürdige Fazetten auf, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann. Hinzuweisen wäre vielleicht noch darauf, dass es für die Entkoppelung von Einkommen und Arbeit durchaus vorstellbare Finanzierungsmodelle gibt; mit den entsprechenden Kosten könnte schon allein ein grosser Teil der heutigen Sozialkosten verrechnet werden. Im übrigen sei auf die anschliessenden Literaturhinweise verwiesen. Einen guten Überblick gibt das Taschenbuch von Büchele/Wohlgenannt, dem/der schnellen Leser/in sei die Ausgabe 9/88 der „Sozialen Medizin“ empfohlen, die sich schwerpunktmässig mit dem Thema befasst und ein Interview mit Enderle bringt. Das Thema jedenfalls wird in der kommenden Zeit, wie auch immer, ohnehin von sich reden machen.

## Literatur

- Enderle Georges, Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext, Paul Haupt 1987  
 Buhmann Brigitte, Wohlstand und Armut in der Schweiz, Diss., Verlag Rüegger in Gräsch 1988  
 Soziale Medizin 9/88 Schwerpunktausgabe „Armut“ Postfach 474, 8026 Zürich  
 Büchele Herwig/Wohlgenannt Liselotte, Grundeinkommen ohne Arbeit – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, Europa Verlag 1985, herausgegeben von der katholischen Sozialakademie Österreichs  
 Unesco Kurier Nr. 1/87, verschiedene Artikel über globale Armut, Neue Armut, Armut der Frau und Obdachlosigkeit  
 Bezug in CH durch Hallwag, Nordring 4, 3001 Bern  
 Büschi/Cignacco/Kiener/Niklaus, Neue Armut in Biel? – Eine Bestandaufnahme der Arbeitslosigkeit und deren materiellen und sozialen Folgen in einer Schweizer Industriestadt zwischen 1970 und 1985  
 Diplomarbeit Schule f. Soziale Arbeit Bern, Zusammenfassung in integro 4/86, Postfach, 8030 Zürich  
 Leibfried St., Tennstedt Florian, Hrsg., Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaates, Suhrkamp 1984  
 Schmid, Thomas, Hrsg., Befreiung von falscher Arbeit – Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Wagenbach, erw. Neuaufgabe 1986  
 Opielka, Michael, Vobruba Georg, Hrsg., Das garantierte Grundeinkommen – Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Fischer 1986